Stand: 13.11.2026 12:10:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11156

"Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11156 vom 19.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11939 des VF vom 16.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/12068 vom 21.05.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 80 vom 21.05.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 19.03.2026 **Drucksache** 19/**11156**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und Integration über die Praxis der Strafverfolgung im Bereich der Straftatbestände zum Schutz des demokratischen Gemeinwesens in Bayern zu berichten.

Im Mittelpunkt soll dabei die Strafverfolgung wegen gegen Personen des politischen Lebens gerichteter Beleidigungen (§ 188 Strafgesetzbuch (StGB)) sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) stehen. Insbesondere soll auf folgende Aspekte und Fragen eingegangen werden:

– Entwicklung der Zahl der Ermittlungsverfahren in Bayern seit dem Jahr 2021 (bitte unter Angabe der Zahl von Straftaten zulasten von Kommunalpolitikerinnen und -politikern)
– Anzahl von Hausdurchsuchungen und Relevanz für die Ermittlungen sowie Anordnungspraxis der Staatsanwaltschaften in Bayern mit Blick auf diese und andere Ermittlungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes
– Bewertung des Handelns der Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei) in Bayern durch die Staatsregierung insbesondere auch bezüglich möglicher Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und Meinungsbildung in Bayern sowie der öffentlichen Wahrnehmung der Justiz
– ergriffene bzw. mögliche Maßnahmen der Staatsregierung, beispielsweise um die juristische Grenze zwischen erlaubtem Spott bzw. erlaubter Machtkritik und strafbarem Verhalten zu konturieren und Rechtsunsicherheit entgegenzuwirken
– weiterer Handlungsbedarf aus Sicht der Staatsregierung einschließlich rechtpolitischer Konsequenzen

Begründung:

Im Jahr 2020 hat der Bundestag das Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen (BT-Drs. 19/17741) und damit unter anderem den Straftatbestand des § 188 StGB (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) reformiert mit dem berechtigten Anliegen, Kommunalpolitiker besser vor Anfeindungen zu schützen und so zu vermeiden, dass sich eben jene

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Angst vor Beleidigungen und Bedrohungen aus dem (kommunal-)politischen Ehrenamt zurückziehen. Gleichzeitig wurde geregelt, dass die Strafverfolgungsbehörden von Amts wegen ermitteln können.

In den letzten Monaten und Jahren sind bundesweit einzelne Fälle öffentlich bekannt geworden, in denen Äußerungen von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Bundespolitikerinnen und -politikern Ermittlungsverfahren nach sich zogen wegen des Verdachts der Politikerbeleidigungen nach § 188 StGB oder anderer Delikte, die zum Schutz des demokratischen Gemeinwesens strafbar sind (u. a. §§ 84 ff., 130, 188 StGB etc.). Beispielsweise führte in Bayern die Staatsanwaltschaft Bamberg im November 2024 bei einem Mann aus Unterfranken unter anderem wegen der mutmaßlichen Beleidigung des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Energie auf der Plattform X eine Hausdurchsuchung durch. Auch gegenüber Journalistinnen und Journalisten wurden Strafverfahren begonnen. So hat die Staatsanwaltschaft München Anfang 2026 gegen einen FOCUS-Kolumnisten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet aufgrund einer im Rahmen eines Podcasts gemachten ironischen Bemerkung zur neuen Jugendorganisation der Partei AfD. Der Kolumnist erhielt ein Schreiben der Münchner Polizei, in dem er aufgefordert wurde, sich in der Sache zu erklären.

Auch wenn in den beiden, hier nur exemplarisch genannten, Fällen die Ermittlungen wegen des genannten Tatvorwurfs recht bald eingestellt wurden, so ziehen diese und andere Verfahren in der öffentlichen Debatte doch ihre Kreise. Es entsteht der Eindruck bzw. wird behauptet, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland gefährdet sei. Das hat Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung sowohl der Justiz als auch der Rechtsstaatlichkeit in Bayern und Deutschland. In diesem Zusammenhang sei auch auf mögliche „Chilling Effects“ hingewiesen, etwa wenn Journalistinnen und Journalisten oder andere Bürgerinnen und Bürger wegen ihrer Äußerungen mit strafrechtlichen Ermittlungen konfrontiert werden und sich künftig aus Sorge vor möglichen Konsequenzen bei Meinungsäußerungen zurückhalten könnten. Eine solche Verunsicherung kann problematisch für die freie öffentliche Debatte sein. Zu beachten ist aber auch, dass insbesondere Kommunalpolitikerinnen und -politiker Schutz brauchen vor zunehmenden Anfeindungen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag einen entsprechenden Bericht der Staatsregierung, um dieses Phänomen näher zu beleuchten.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 16.04.2026 **Drucksache** 19/**11939**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/**11156**

Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass

in Satz 1 die Angabe „und im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und Integration“ gestrichen wird.

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatter: **Martin Stock**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 16. April 2026 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.05.2026 **Drucksache** 19/**12068**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**11156**, 19/**11939**

Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Praxis der Strafverfolgung im Bereich der Straftatbestände zum Schutz des demokratischen Gemeinwesens in Bayern zu berichten.

Im Mittelpunkt soll dabei die Strafverfolgung wegen gegen Personen des politischen Lebens gerichteter Beleidigungen (§ 188 Strafgesetzbuch (StGB)) sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) stehen. Insbesondere soll auf folgende Aspekte und Fragen eingegangen werden:

– Entwicklung der Zahl der Ermittlungsverfahren in Bayern seit dem Jahr 2021 (bitte unter Angabe der Zahl von Straftaten zulasten von Kommunalpolitikerinnen und -politikern)

– Anzahl von Hausdurchsuchungen und Relevanz für die Ermittlungen sowie Anordnungspraxis der Staatsanwaltschaften in Bayern mit Blick auf diese und andere Ermittlungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes

– Bewertung des Handelns der Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei) in Bayern durch die Staatsregierung insbesondere auch bezüglich möglicher Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und Meinungsbildung in Bayern sowie der öffentlichen Wahrnehmung der Justiz

– ergriffene bzw. mögliche Maßnahmen der Staatsregierung, beispielsweise um die juristische Grenze zwischen erlaubtem Spott bzw. erlaubter Machtkritik und strafbarem Verhalten zu konturieren und Rechtsunsicherheit entgegenzuwirken

– weiterer Handlungsbedarf aus Sicht der Staatsregierung einschließlich rechtpolitischer Konsequenzen

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 5 und 6 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Menschenrechtslage im Iran ist inakzeptabel –
und schließt Abschiebungen vorerst aus
Drs. 19/9904, 19/11935 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. SPD
Eigenen Handwerksfonds auflegen: Kapitalzugang für Betriebe sichern
Drs. 19/10386, 19/11986 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
„Bayerische Meisterstücke“ – KMU-gerechte Unterstützung geografischer Angaben handwerklicher und industrieller Erzeugnisse in Bayern
Drs. 19/10408, 19/11989 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation von HebaVaria-Projekt: Hebammen-Vermittlung für eine bessere Versorgung von Mutter und Kind
Drs. 19/10790, 19/11980 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tarifabschluss unverzüglich auf Beamtinnen und Beamte übertragen – keine verzögerte Auszahlung in Bayern
Drs. 19/10793, 19/11984 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutzimpfungen retten (Kinder)Leben:
Präventive Strukturen nicht ersatzlos aufgeben!
Drs. 19/10797, 19/11981 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn u.a. SPD
Trennung von Amt und Partei in der Staatskanzlei
Drs. 19/10798, 19/11936 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Verlängerung Meisterbonusprogramm
Drs. 19/11023, 19/11991 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
   Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für Handyortungen und Observationen ausreisepflichtiger Ausländer im AufenthG
Drs. 19/11024, 19/11937 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Hinzuverdienstgrenze für die Hinterbliebenenrente abschaffen
Drs. 19/11042, 19/11845 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Fachliche und finanzielle Mitwirkung im sogenannten Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) einstellen – nationale Politikberatung zu Klimathemen einrichten
Drs. 19/11076, 19/11996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
40 Jahre nach Tschernobyl: Bericht im EU-Ausschuss: Bedeutungsverlust der Atomkraft weltweit – Daten und Fakten
Drs. 19/11099, 19/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindern und Familien mit fetalen Alkoholspektrumstörung (FASD) bessere Chancen im Leben geben!
Drs. 19/11154, 19/11982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafverfolgungspraxis im Bereich der Politikerbeleidigung und anderer demokratiegefährdender Straftaten in Bayern
Drs. 19/11156, 19/11939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheit der Beschäftigten am Flughafen München besser schützen: Belastung durch Ultrafeinstaub in den Blick nehmen!
Drs. 19/11159, 19/11983 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein „klick und krank“: Digitale Krankschreibungen stärker regulieren – hausärztliche Versorgung stärken
Drs. 19/11166, 19/11985 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern
Drs. 19/11168, 19/12000 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Belastung der Menschen in der Flughafenregion durch Ultrafeinstaub reduzieren: Anreizprogramm für schwefelarmes Kerosin aufsetzen!
Drs. 19/11188, 19/11978 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Ehrlicher Verbraucherschutz statt neuer Belastungen aus Brüssel: „Fit for 55“ aussetzen, Bezahlbarkeit sichern, Krisenvorsorge stärken!
Drs. 19/11189, 19/11861 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten – Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen
Drs. 19/11190, 19/11862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkung der Medienethik im LehrplanPLUS der Mittelschule
Drs. 19/11191, 19/12001 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Hebammenhilfe nach Fehlgeburten stärker in das Hilfesystem integrieren!
Drs. 19/11208, 19/11987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesprogramm „Respekt Coaches“ dauerhaft fortführen
Drs. 19/11209, 19/12002 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutz von Kleintieren vor Verletzungen durch Mähroboter – Aufklärung intensivieren und Partner aktiv einbinden
Drs. 19/11302, 19/11842 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Bayern
Drs. 19/11316, 19/11843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berge schützen, Natur bewahren:
Sofortvollzug beim Scheidtobelbahn-Projekt jetzt stoppen!
Drs. 19/11319, 19/11844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versorgung psychisch erkrankter Menschen sicherstellen
Drs. 19/11336, 19/11988 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Wirksame Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen
Drs. 19/11366, 19/11846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gebärdensprachverbot in bayerischen Schulen durch ein Fachgespräch aufarbeiten
Drs. 19/11388, 19/11847 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwaltung entbürokratisieren IV:
Künstliche Intelligenz für eine bürgerfreundliche Verwaltung
Drs. 19/11391, 19/11992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart,
Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychotherapeutische Versorgung sichern –
bedarfsgerechte Finanzierung gewährleisten
Drs. 19/11393, 19/11990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

32. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Anhörung zur BayKiBiG-Reform: Qualität sichern,
Finanzierung verlässlich gestalten, Familien entlasten
Drs. 19/11813, 19/11976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z